

September

2022

# SOVD Magazin

*Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland*

**Hohe Inflation, steigende Preise –  
Ärmere immer mehr belastet  
Bündnis fordert Sozialgipfel**

## Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit ca. 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

## Kosten für Versicherte

Weil den gesetzlichen Krankenkassen Geld fehlt, werden die Beiträge angehoben. Das belastet vor allem die Versicherten.

Seite 4–11



## „Niemanden allein lassen“

Bundeskanzler Olaf Scholz versprach wiederholt staatliche Hilfen – welche konkrete Unterstützung gab es bisher?

Seite 26–31



## Pläne zum Bürgergeld

Das Bürgergeld soll die Grundsicherung „Hartz IV“ ablösen. Bundesarbeitsminister Heil stellte sein Modell hierzu vor.

Seite 40–45

Foto Titelbild: polack / Adobe Stock



## Steigende Preise

Die anhaltend hohe Inflation bereitet ärmeren Sorge. Ein Bündnis fordert daher jetzt einen Sozialgipfel.

Seite 16–19



## Mediale Barrieren

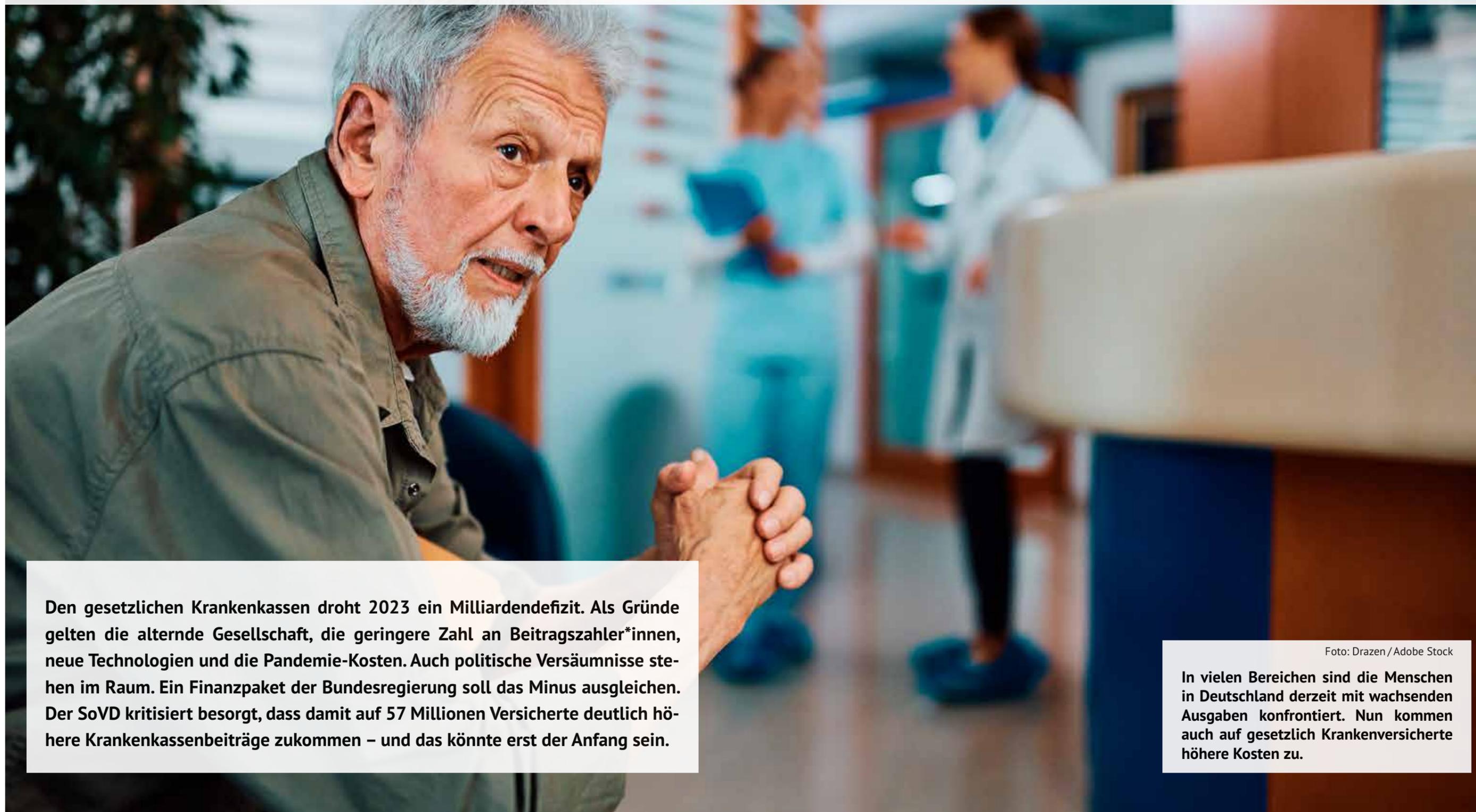
Medienangebote sollen für Menschen mit Einschränkungen künftig besser zugänglich sein.

Seite 36–39



Die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung werden auf 16,2 Prozent angehoben

## Höhere Kosten belasten Versicherte



Den gesetzlichen Krankenkassen droht 2023 ein Milliardendefizit. Als Gründe gelten die alternde Gesellschaft, die geringere Zahl an Beitragszahler\*innen, neue Technologien und die Pandemie-Kosten. Auch politische Versäumnisse stehen im Raum. Ein Finanzpaket der Bundesregierung soll das Minus ausgleichen. Der SoVD kritisiert besorgt, dass damit auf 57 Millionen Versicherte deutlich höhere Krankenkassenbeiträge zukommen – und das könnte erst der Anfang sein.

Foto: Drazen/Adobe Stock

In vielen Bereichen sind die Menschen in Deutschland derzeit mit wachsenden Ausgaben konfrontiert. Nun kommen auch auf gesetzlich Krankenversicherte höhere Kosten zu.

Um rund 0,3 Prozentpunkte im Mittel sollen die Zusatzbeiträge im kommenden Jahr steigen. Derzeit liegt der durchschnittliche Zusatzbeitrag bei 1,3 Prozent.

Ergänzt man zu den dann 1,6 Prozent den aktuellen allgemeinen Beitrag von 14,6 Prozent, erhöht sich die Summe auf 16,2 Prozent. So hoch waren die Krankenkassenbeiträge noch nie. Arbeitgeber\*innen übernehmen dabei ab dem 1. Januar 2023 neben der Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auch die Hälfte des kassenindividuellen Zusatzbeitrages.

#### **Maßnahmen zum Ausgleich des „historischen Defizits“**

Die Bundesregierung habe die GKV-Finzen in einer „sehr schwierigen Lage“ vorgefunden, erklärte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) bei der Bekanntgabe der Finanzreform. Er sprach von einem historischen Defizit im nächsten Jahr. Die Zusatzbeiträge sollen dazu dienen, die GKV aus einem erwarteten Finanzloch von 25 Milliarden Euro zu ho-

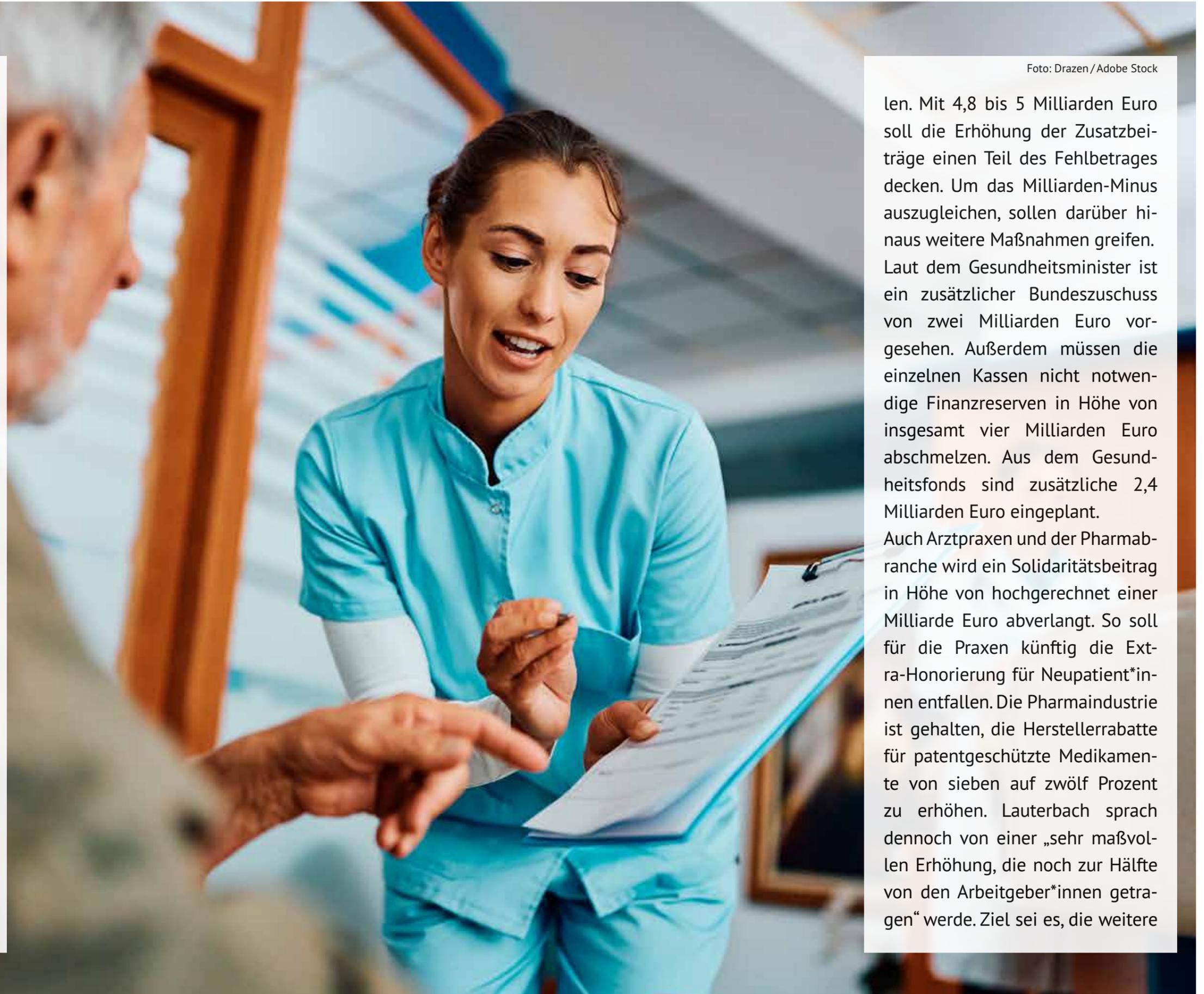


Foto: Drazen / Adobe Stock

len. Mit 4,8 bis 5 Milliarden Euro soll die Erhöhung der Zusatzbeiträge einen Teil des Fehlbetrages decken. Um das Milliarden-Minus auszugleichen, sollen darüber hinaus weitere Maßnahmen greifen. Laut dem Gesundheitsminister ist ein zusätzlicher Bundeszuschuss von zwei Milliarden Euro vorgesehen. Außerdem müssen die einzelnen Kassen nicht notwendige Finanzreserven in Höhe von insgesamt vier Milliarden Euro abschmelzen. Aus dem Gesundheitsfonds sind zusätzliche 2,4 Milliarden Euro eingeplant. Auch Arztpraxen und der Pharmabranche wird ein Solidaritätsbeitrag in Höhe von hochgerechnet einer Milliarde Euro abverlangt. So soll für die Praxen künftig die Extra-Honorierung für Neupatient\*innen entfallen. Die Pharmaindustrie ist gehalten, die Herstellerrabatte für patentgeschützte Medikamente von sieben auf zwölf Prozent zu erhöhen. Lauterbach sprach dennoch von einer „sehr maßvollen Erhöhung, die noch zur Hälfte von den Arbeitgeber\*innen getragen“ werde. Ziel sei es, die weitere

Anhebung der Zusatzbeiträge für Versicherte und Unternehmen zu vermeiden und Kassenleistungen künftig ohne Abstriche anbieten zu können.

#### **SoVD: Bund beteiligt sich nicht genug an den Kosten**

Das sieht der Sozialverband Deutschland (SoVD) ganz anders. Er betrachtet das Finanzpaket mit Skepsis und Ernüchterung. „Der Gesetzentwurf bleibt mit seinen Maßnahmen weit hinter den allseitigen Erwartungen zurück“, stellt SoVD-Präsident Adolf Bauer fest. Insbesondere kritisiert der SoVD, dass der Bund sich am Schließen des Milliardendefizites lediglich mit zwei Milliarden Euro Bundeszuschuss und einem Darlehen beteiligen will.

#### **Finanzreserven wurden aus Beitragsrücklagen gebildet**

Statt überfälliger, grundlegender und in die Zukunft gerichteter Reformen zur Finanzierung der GKV bediene man sich aus deren Finanzreserven. „Die Finanzreserven aber wurden aus Beitragsrücklagen



Foto: Drazen / Adobe Stock

der Beitragszahlenden gebildet, die jetzt zusätzlich zur Kasse gebeten werden, um das Defizit kurzfristig zu schließen“, sagt Bauer.

Aus Sicht des SoVD wird das Problem damit lediglich erneut um ein Jahr verschoben, die Folgen sind schon heute absehbar. „Der Bund zieht sich hier aus seiner Verantwortung, und das kann nicht sein.“ Die solidarische Beteiligung der pharmazeutischen Unternehmen an der Schließung des GKV-Defizites hält der SoVD-Präsident grundsätzlich für angemessen. Bauer betont jedoch, dass anstelle von kurzfristigen Finanzspritzen auch hier grundlegende Maßnahmen zur finanziellen Entlastung und Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung notwendig seien.

#### **SoVD fordert seit Langem Bürgerversicherung für alle**

„Zur Stärkung der Finanzierungsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung muss als Sofortmaßnahme die private Krankenversicherung in einen umfassenden Solidarausgleich einbezogen werden. Darüber hinaus sind

die Beitragsbemessungsgrenze und Versicherungspflichtgrenze in einem ersten Schritt zumindest auf das Niveau in der Rentenversicherung anzuheben“, so Bauer. Der SoVD fordert seit Langem, die gesetzlichen und privaten Krankenkassen in einer für alle geltenden Bürgerversicherung zusammenzulegen.

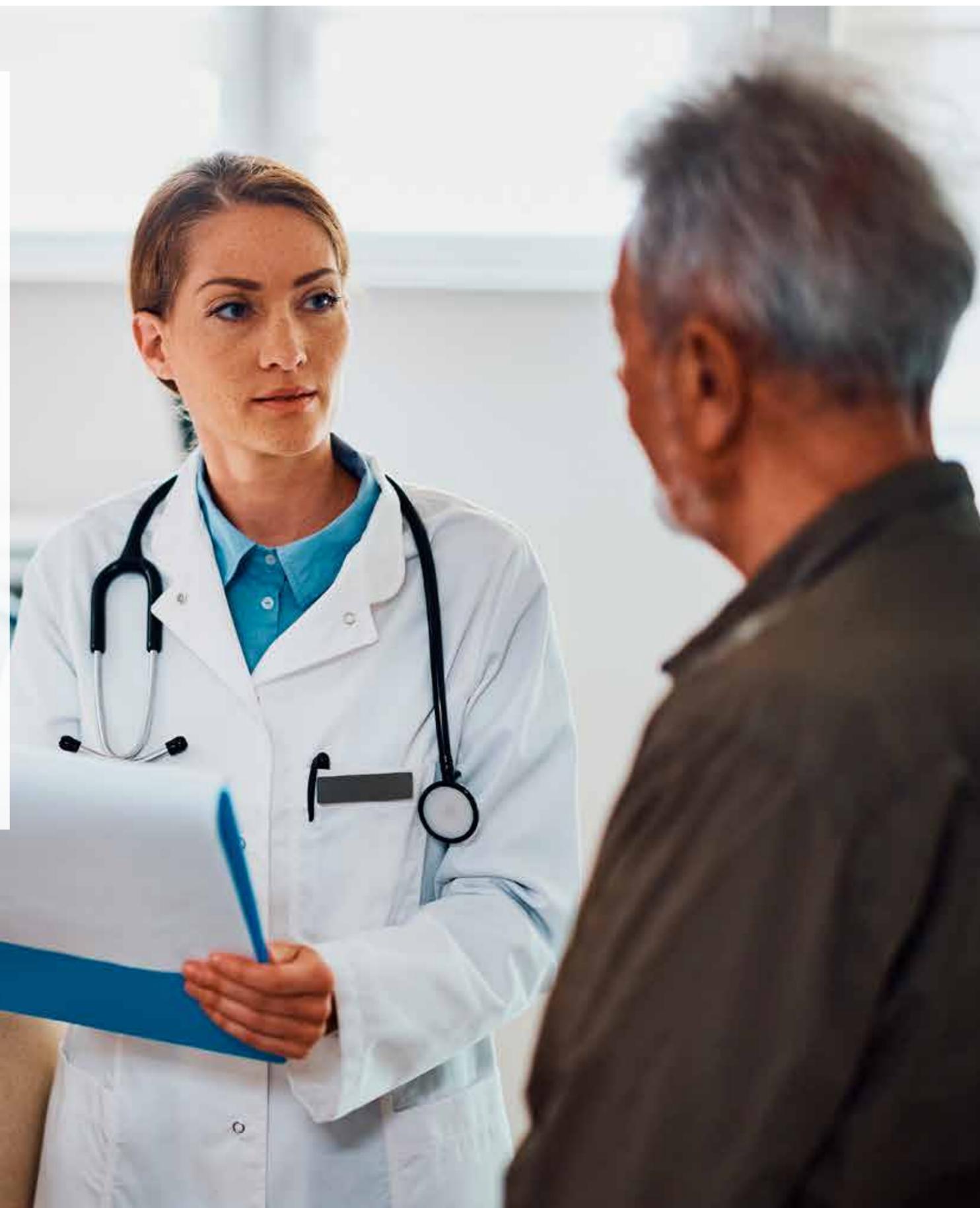
Lauterbach sieht die Ursachen für das Minus, vor dem die GKV selbst wiederholt gewarnt hatte, vor allem in politischen Versäumnissen. Er schreibt diese seinem Vorgänger Jens Spahn (CDU) zu. Spahn habe teure Leistungsreformen auf den Weg gebracht, aber von strukturellen Reformen Abstand genommen. Unter anderem deshalb sei das Defizit in der Pandemie entstanden, so Lauterbach. Dabei lässt er unter den Tisch fallen, dass er selbst in der Großen Koalition vor allem das Terminservice- und Versorgungsgesetz mitverhandelt und gutgeheißen hatte.

Auch bei anderen stehen Lauterbachs Krankenkassenpläne in der Kritik. Ob das Finanzpaket langfristig ausreichen wird, um die Kosten

Foto: Drazen/Adobe Stock

zu decken, sei mehr als fraglich, sagt etwa der GKV-Spitzenverband, der – ebenso wie der SoVD – für die Versicherten weitere Zusatzbeiträge in den kommenden Jahren fürchtet. Und nicht anders sieht es bei den gesetzlichen Pflegekassen aus, die ebenfalls im Minus sind.

Tragen müssen das einmal mehr die Versicherten: Mit der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge steigen die Sozialbeiträge, die die Arbeitnehmenden abführen müssen, im Jahr 2023 auf insgesamt 40,45 Prozent. Erstmals seit 2012 wird damit wieder die Marke von über 40 Prozent überschritten. Zusammen mit den explodierenden Energiepreisen, der Gasumlage und den allgemeinen Teuerungsraten treibt diese Entwicklung immer mehr Menschen in die Armut.



SoVD begrüßt Entwurf eines Gesetzes zu höheren Hinzuverdienstgrenzen

## Einkünfte zusätzlich zur Rente



Dem SoVD liegt der Entwurf eines Gesetzes aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vor. Demnach sollen die im Zuge der Pandemie befristet angehobenen Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten bestehen bleiben und bei Erwerbsminderungsrenten deutlich steigen.

Foto: industrieblick / Adobe Stock

Wer früher in Rente geht, kann künftig zwar mehr hinzuverdienen, muss jedoch unter Umständen dauerhaft Abschläge in Kauf nehmen.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, will die Bundesregierung den zusätzlichen Bezug eines Erwerbseinkommens bei einer vorgezogenen Altersrente attraktiver machen. Gleichzeitig soll dies dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Für das laufende Jahr bleibt demnach ein Betrag von 46.060 Euro anrechnungsfrei. Diese Hinzuverdienstgrenze entfällt mit Erreichen der Regelaltersgrenze.

Dadurch, dass der Grenzwert dann an die monatliche Bezugsgröße und somit an die Lohnentwicklung gekoppelt ist, kommt es zu einer Dynamisierung. Das bedeutet, dass die Hinzuverdienstgrenze steigt.

In ähnlicher Weise erfolgt eine Anpassung auch bei den Renten wegen Erwerbsminderung. Hier gilt für 2022 eine Hinzuverdienstgrenze von 17.272,50 Euro beim Bezug einer vollen beziehungsweise 34.545 Euro beim Erhalt einer teilweisen Erwerbsminderungsrente. Dies kann aus Sicht des SoVD die Lebensumstände vieler Betroffener verbessern – immer vorausgesetzt, diese sind

Foto: industrieblick / Adobe Stock

gesundheitlich überhaupt in der Lage, noch einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Positiv ist aus SoVD-Sicht auch, dass künftig nur noch versicherungspflichtige Sozialleistungen als Einkommen berücksichtigt werden sollen.

SoVD und andere Organisationen fordern einen Sozialgipfel

# Steigende Preise belasten Ärmere

Die steigenden Preise bereiten vielen Menschen in Deutschland zunehmend Sorge. Ein Bündnis aus SoVD, VdK, Tafel und Mieterbund will mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) deshalb über Entlastungen sprechen. Um Betroffene an diesem Dialog zu beteiligen, solle Scholz einen Sozialgipfel einberufen.

Foto: polack / Adobe Stock

**Schock beim Einkauf im Supermarkt:** Neben Energie wurden zuletzt gerade auch Lebensmittel immer teurer.

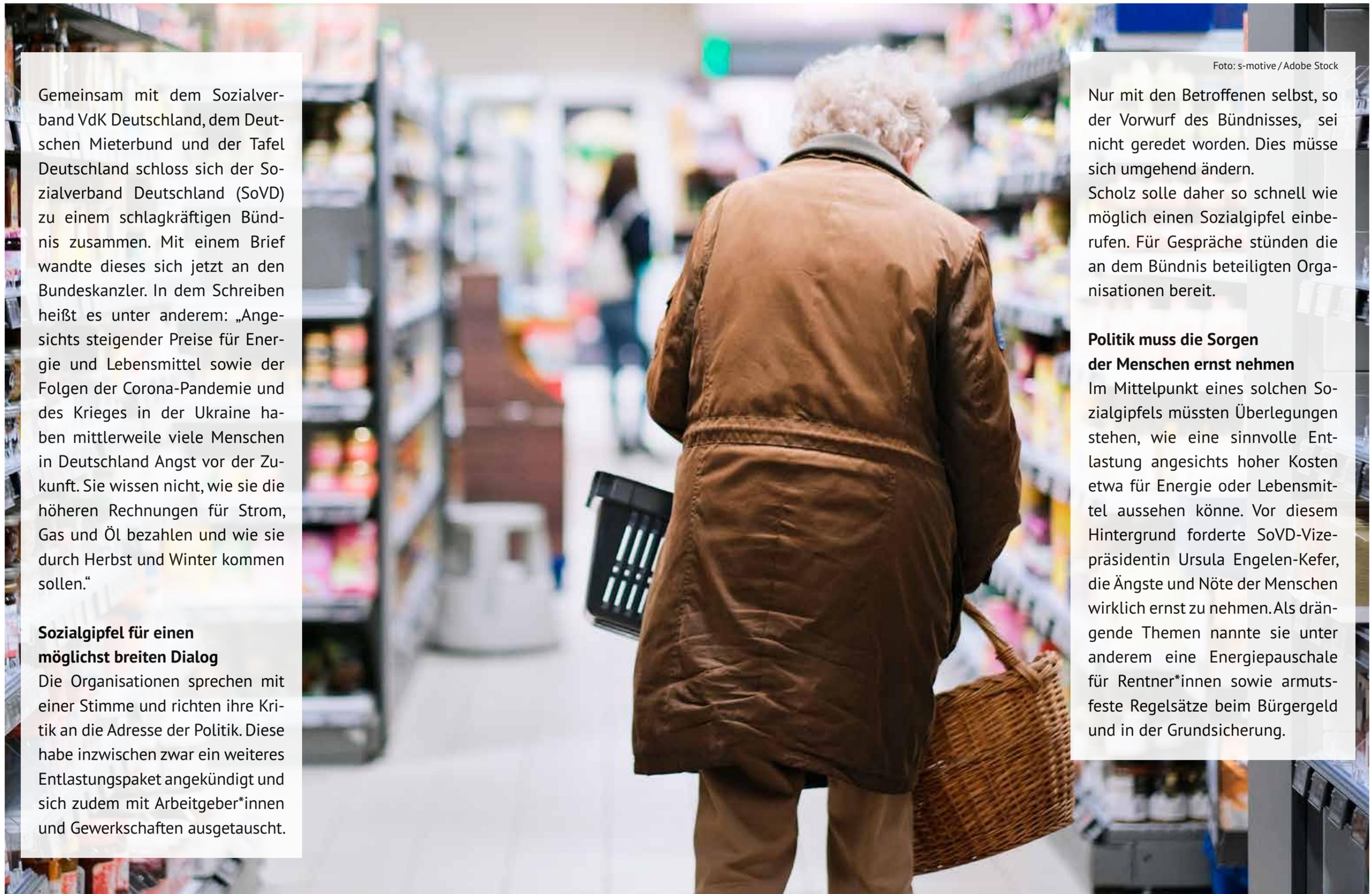


Foto: s-motive / Adobe Stock

Gemeinsam mit dem Sozialverband VdK Deutschland, dem Deutschen Mieterbund und der Tafel Deutschland schloss sich der Sozialverband Deutschland (SoVD) zu einem schlagkräftigen Bündnis zusammen. Mit einem Brief wandte dieses sich jetzt an den Bundeskanzler. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „Angesichts steigender Preise für Energie und Lebensmittel sowie der Folgen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine haben mittlerweile viele Menschen in Deutschland Angst vor der Zukunft. Sie wissen nicht, wie sie die höheren Rechnungen für Strom, Gas und Öl bezahlen und wie sie durch Herbst und Winter kommen sollen.“

#### **Sozialgipfel für einen möglichst breiten Dialog**

Die Organisationen sprechen mit einer Stimme und richten ihre Kritik an die Adresse der Politik. Diese habe inzwischen zwar ein weiteres Entlastungspaket angekündigt und sich zudem mit Arbeitgeber\*innen und Gewerkschaften ausgetauscht.

Nur mit den Betroffenen selbst, so der Vorwurf des Bündnisses, sei nicht geredet worden. Dies müsse sich umgehend ändern. Scholz solle daher so schnell wie möglich einen Sozialgipfel einberufen. Für Gespräche stünden die an dem Bündnis beteiligten Organisationen bereit.

#### **Politik muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen**

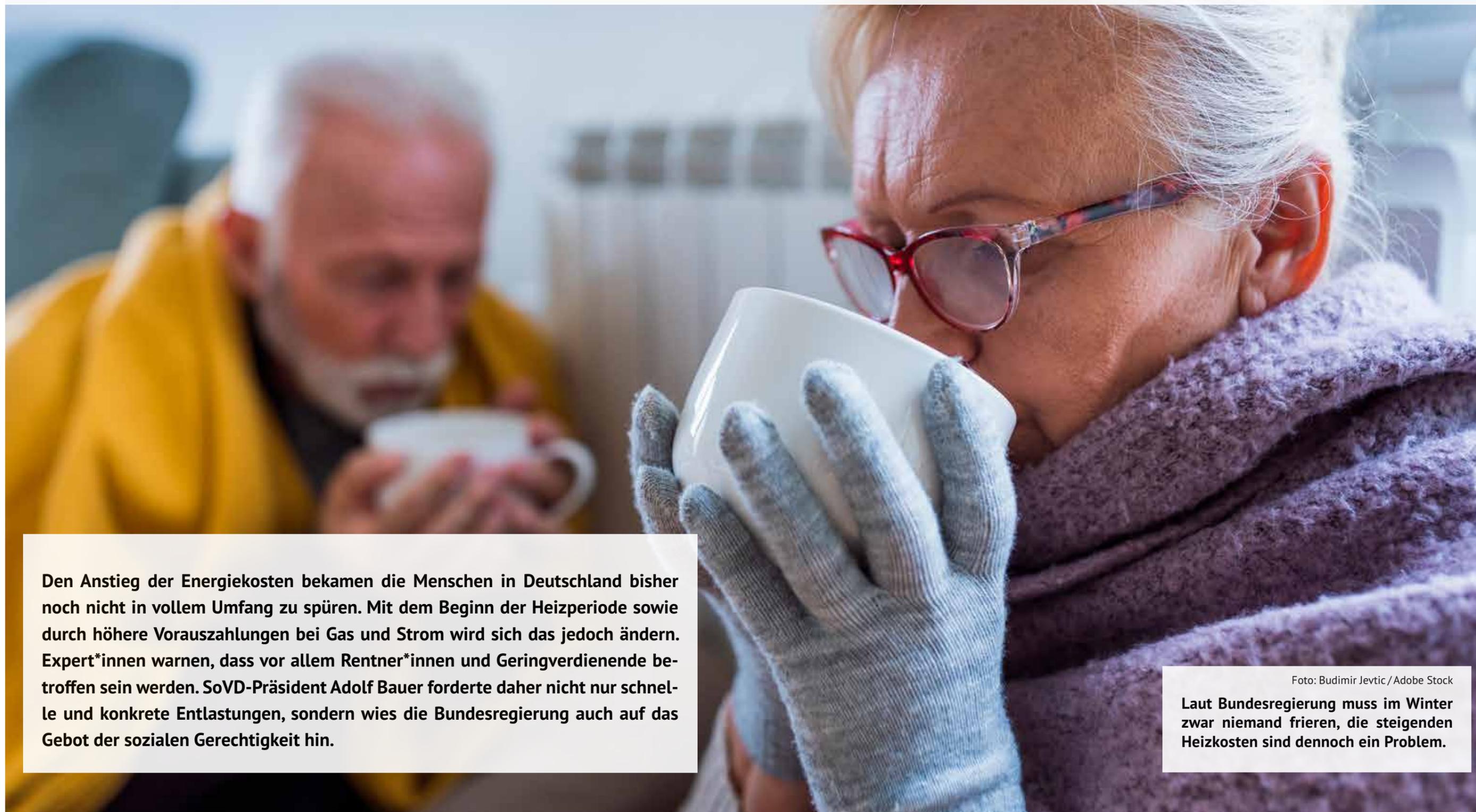
Im Mittelpunkt eines solchen Sozialgipfels müssten Überlegungen stehen, wie eine sinnvolle Entlastung angesichts hoher Kosten etwa für Energie oder Lebensmittel aussehen könne. Vor diesem Hintergrund forderte SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer, die Ängste und Nöte der Menschen wirklich ernst zu nehmen. Als drängende Themen nannte sie unter anderem eine Energiepauschale für Rentner\*innen sowie armutsfeste Regelsätze beim Bürgergeld und in der Grundsicherung.

# Jetzt SoVD-Mitglied werden



**Kosten für Strom und Gas steigen weiter – SoVD fordert solidarische Verteilung der Lasten**

## Wie gut kommen wir durch den Winter?



Den Anstieg der Energiekosten bekamen die Menschen in Deutschland bisher noch nicht in vollem Umfang zu spüren. Mit dem Beginn der Heizperiode sowie durch höhere Vorauszahlungen bei Gas und Strom wird sich das jedoch ändern. Expert\*innen warnen, dass vor allem Rentner\*innen und Geringverdienende betroffen sein werden. SoVD-Präsident Adolf Bauer forderte daher nicht nur schnelle und konkrete Entlastungen, sondern wies die Bundesregierung auch auf das Gebot der sozialen Gerechtigkeit hin.

Foto: Budimir Jevtic / Adobe Stock

Laut Bundesregierung muss im Winter zwar niemand frieren, die steigenden Heizkosten sind dennoch ein Problem.

Die Preise für Gas haben sich im Lauf der letzten Monate massiv erhöht – und sie steigen weiter. Hinzu kommt nun noch eine vom Verbrauch abhängige Gasumlage (siehe Kasten). Ebenfalls deutlich gestiegen sind die Ausgaben für Lebensmittel und Strom, wie sehr das viele Menschen in Deutschland verunsichert, zeigt sich immer häufiger auch in den Sozialberatungsstellen des SoVD.

Die größten Probleme haben nicht so sehr Personen, die Hartz IV oder Sozialhilfe erhalten. Sie können höhere Heizkosten in der Regel beim Jobcenter oder beim Sozialamt geltend machen. Bei Menschen, die nicht im Leistungsbezug sind, sieht das anders aus. So liegen etwa kleine Renten oft nur einige Euro über dem Sozialhilfeniveau. Wie sehr es Betroffene schmerzt, dass ausgerechnet sie von der Energiepreispauschale ausgenommen wurden, macht unter anderem die Zuschrift von SoVD-Mitglied Hans-Dieter K. (Hameln) deutlich:

*Wir, ein Rentnerehepaar von 82 Jahren, konnten uns im Laufe unseres*

Foto: Drazen / Adobe Stock

*Lebens keine Reichtümer erwerben. Mit unserer Rente kommen wir einigermaßen gut über die Runden. Nun aber kommen die immensen Energiekostensteigerungen auf uns zu. Es ist eine Frage der Zeit, bis unsere Ersparnisse aufgebraucht sind. Warum erhalten wir Rentner die geplante Heizkostenzulage nicht?*

Der SoVD stellte der Politik bereits mehrfach die gleiche Frage. Mit Nachdruck forderte Verbandspräsident Adolf Bauer, die Energiepreispauschale auch an Rentenbeziehende auszuzahlen. Bauer weiß um die finanzielle Not nicht zuletzt der SoVD-Mitglieder. Er bekräftigte, dass an der Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen kein Weg vorbeiführe. Verärgert zeigte sich der SoVD-Präsident angesichts der Steuerpläne von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Ein Entlastungspaket, von dem in weiten Teilen auch Personen mit hohem Einkommen profitieren, bezeichnete Adolf Bauer als einen „Schlag ins Gesicht“ für Rentner\*innen und Geringverdienende.

So sahen die staatlichen Hilfen seit Beginn des Krieges in der Ukraine aus

## „Niemanden allein lassen“

Angesichts umfangreicher Belastungen der Menschen in Deutschland hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wiederholt versprochen, niemanden allein zu lassen. Über die konkrete Verteilung staatlicher Hilfen war man sich in der Ampelkoalition zuletzt jedoch nicht immer einig.

Foto: Bits and Splits / Adobe Stock

Die Bundesregierung versprach immer wieder zu helfen, damit sich niemand im Stich gelassen fühlt.

In den letzten Wochen war viel von Entlastungen die Rede. Hier eine kurze Übersicht, was die Bundesregierung bisher auf den Weg gebracht hat.

#### **Abschaffung der Umlage für erneuerbare Energien (EEG)**

Bereits seit Juli bezahlen Verbraucher\*innen und Firmen keine EEG-Umlage mehr über ihre Stromrechnung. Indirekt zahlen Bürger\*innen jedoch weiter mit, da ein Ausgleich hierfür aus Steuermitteln über den Bundeshaushalt erfolgt.

#### **Hilfen für Beziehende von Arbeitslosengeld I und II**

Erwachsene im Bezug von Arbeitslosengeld (ALG) II erhielten im Juli eine Einmalzahlung von 200 Euro. Wer ALG I bezieht, bekam einen Zuschuss von 100 Euro.

#### **Energiepreispauschale – Auszahlung mit dem Lohn**

Ein Großteil der Berufstätigen bekommt im September einmalig 300 Euro mit dem Gehalt ausbezahlt. Darauf fallen allerdings

Foto: Drazen/Adobe Stock

noch Steuern an. Rentner\*innen und Student\*innen ohne Job dagegen gehen leer aus.

#### **Eltern erhalten einen Bonus von 100 Euro pro Kind**

Der Staat stockt das Kindergeld einmalig um 100 Euro für jedes Kind auf. Für Beziehende von Sozialleistungen gilt der Bonus nicht als Einkommen.

#### **Tankrabatt durch befristet abgesenkte Energiesteuer**

Für insgesamt drei Monate senkte die Bundesregierung die Energiesteuer auf Sprit. Das galt jedoch bis Ende August – danach ist wohl mit höheren Preisen für Benzin und Diesel zu rechnen.

Foto: Iryna/Adobe Stock

**Eine der an Tankstellen spürbaren Maßnahmen war der zeitweise niedrigere Preis für Benzin und Diesel.**



Foto: Drazen / Adobe Stock

freibetrag (10.347 Euro) und eine höhere Werbungskostenpauschale (1.200 Euro). Fernpendler\*innen können zudem pro Kilometer pauschal drei Cent mehr anrechnen.

#### **Zuschuss des Staates zu den Heizkosten**

Von einem höheren Heizkostenzuschuss profitieren Geringverdienende: Wer allein lebt und Wohngeld bezieht, erhält 270 Euro, für zwei Personen gibt es 350 Euro und für jede weitere Person 70 Euro dazu. Studierende mit BAföG und Beziehende einer Berufsausbildungsbeihilfe erhalten pauschal 230 Euro.

#### **Mit dem 9-Euro-Ticket quer durch die Republik**

Für den gleichen Zeitraum konnte man für neun Euro pro Monat bundesweit den gesamten Nahverkehr nutzen. Auch diese Erleichterung fällt ab September weg.

#### **Entlastung über die Steuererklärung für 2022**

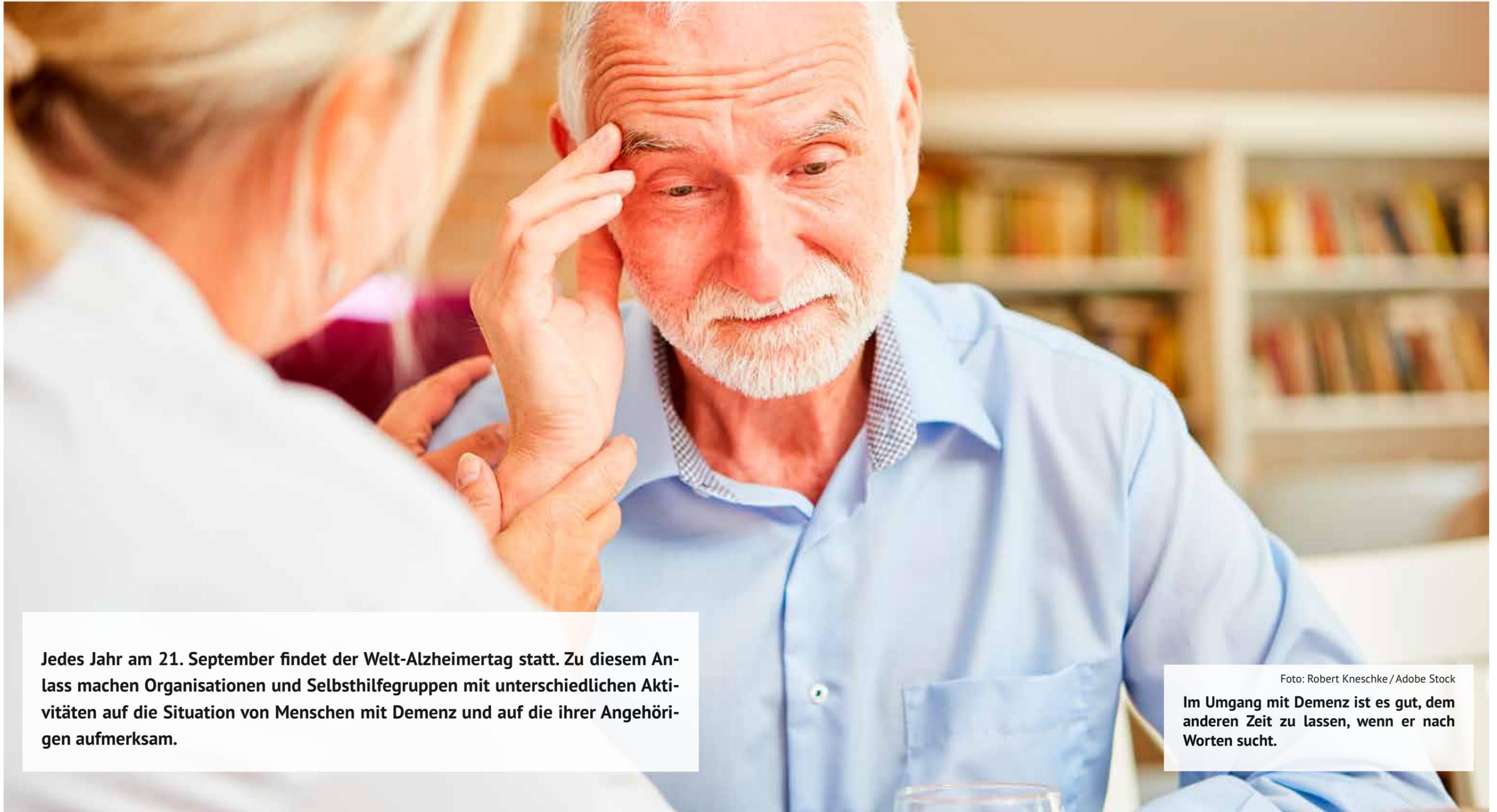
Rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres gelten ein höherer Grund-

Foto: Mediteraneo / Adobe Stock

**Angesichts der hohen Energiepreise erhielten zumindest Arbeitnehmer\*innen eine Pauschale von 300 Euro.**

Alltag von Erkrankten und Angehörigen im Fokus

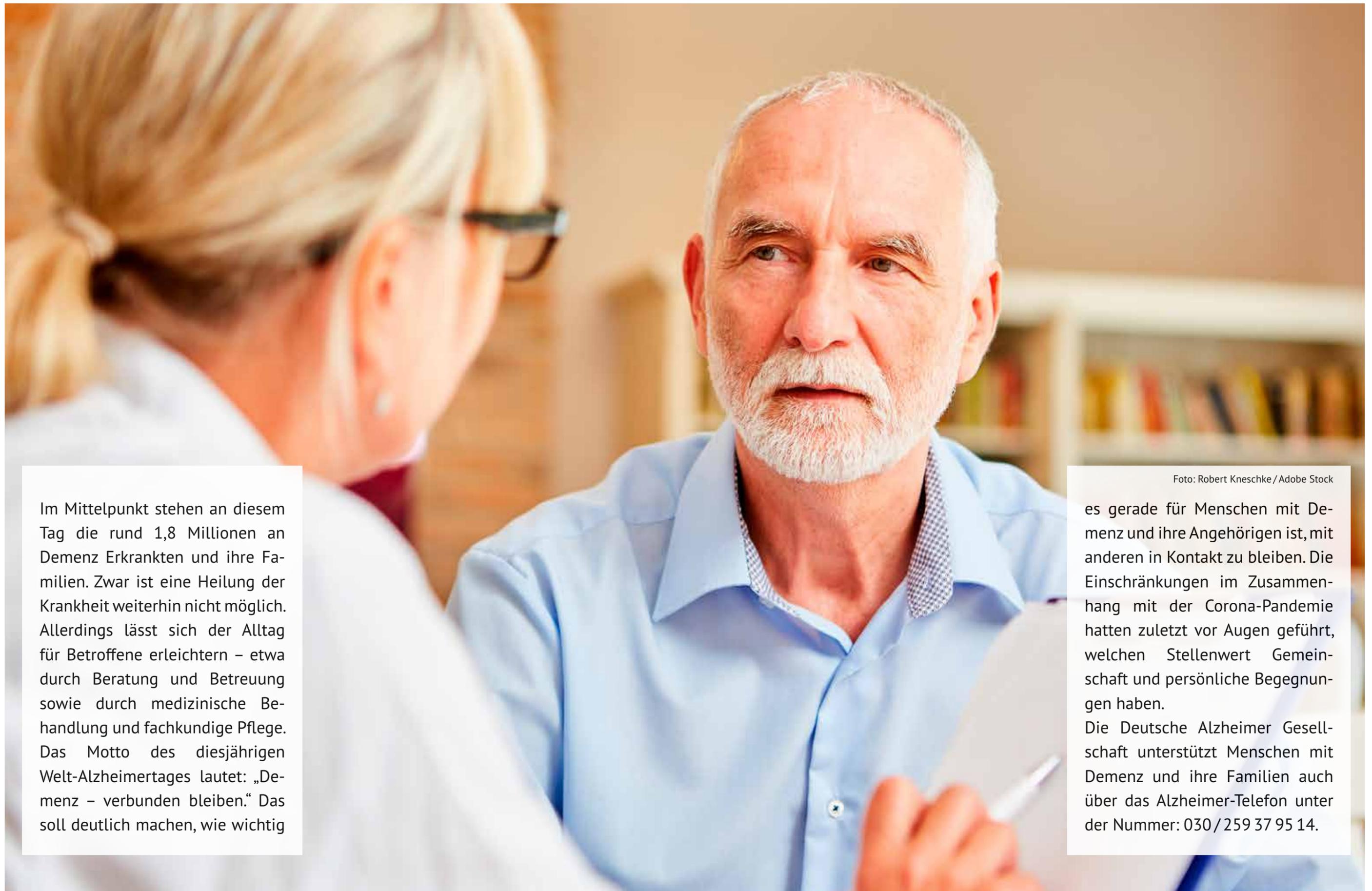
# Welt-Alzheimerntag am 21. September



Jedes Jahr am 21. September findet der Welt-Alzheimerntag statt. Zu diesem Anlass machen Organisationen und Selbsthilfegruppen mit unterschiedlichen Aktivitäten auf die Situation von Menschen mit Demenz und auf die ihrer Angehörigen aufmerksam.

Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Im Umgang mit Demenz ist es gut, dem anderen Zeit zu lassen, wenn er nach Worten sucht.



Im Mittelpunkt stehen an diesem Tag die rund 1,8 Millionen an Demenz Erkrankten und ihre Familien. Zwar ist eine Heilung der Krankheit weiterhin nicht möglich. Allerdings lässt sich der Alltag für Betroffene erleichtern – etwa durch Beratung und Betreuung sowie durch medizinische Behandlung und fachkundige Pflege. Das Motto des diesjährigen Welt-Alzheimer-tages lautet: „Demenz – verbunden bleiben.“ Das soll deutlich machen, wie wichtig

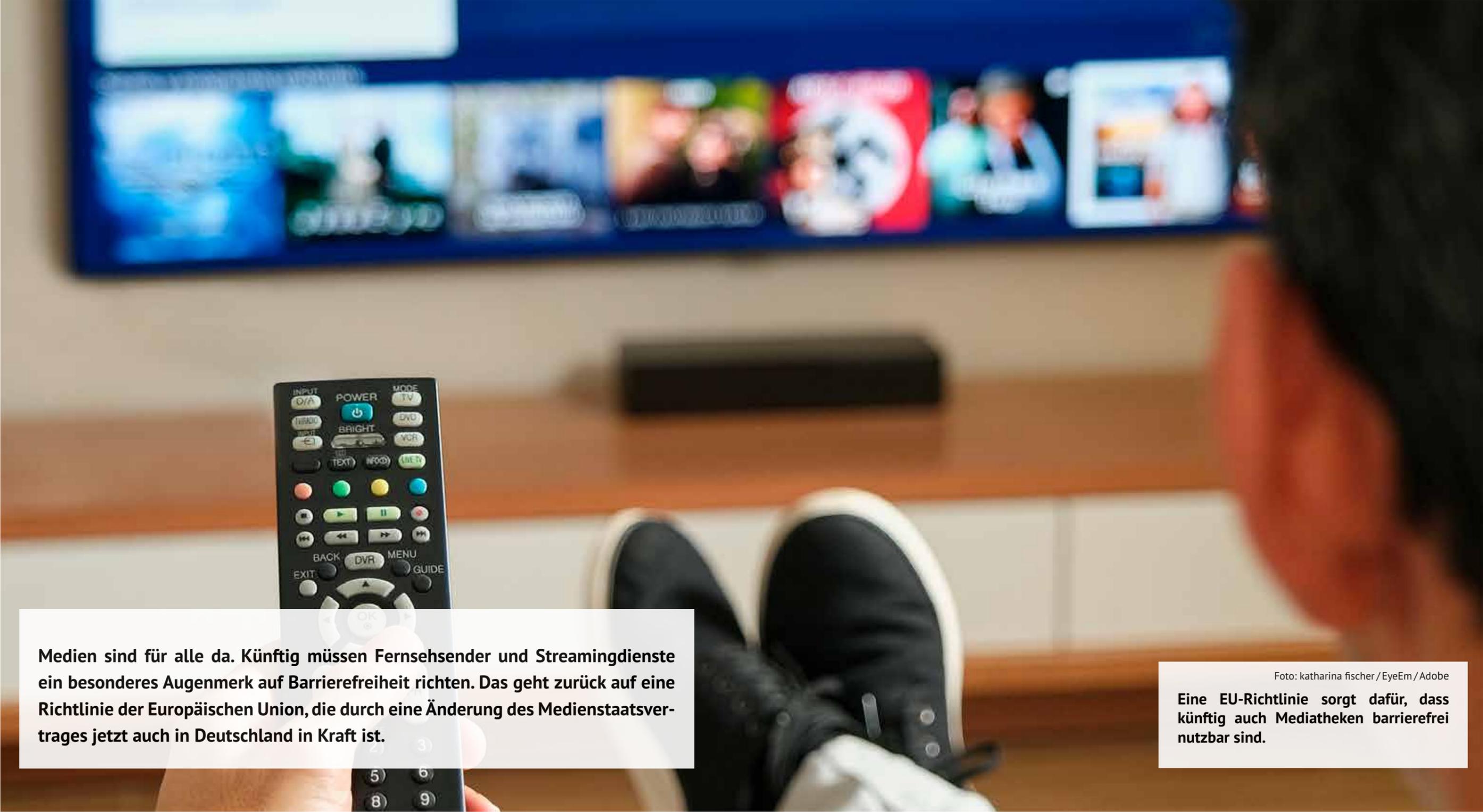
Foto: Robert Kneschke/Adobe Stock

es gerade für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen ist, mit anderen in Kontakt zu bleiben. Die Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hatten zuletzt vor Augen geführt, welchen Stellenwert Gemeinschaft und persönliche Begegnungen haben.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft unterstützt Menschen mit Demenz und ihre Familien auch über das Alzheimer-Telefon unter der Nummer: 030/259 37 95 14.

Medienangebote sollen für Menschen mit Einschränkungen zugänglicher werden

# Barrierefreiheit wird Pflicht



Medien sind für alle da. Künftig müssen Fernsehsender und Streamingdienste ein besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit richten. Das geht zurück auf eine Richtlinie der Europäischen Union, die durch eine Änderung des Medienstaatsvertrages jetzt auch in Deutschland in Kraft ist.

Foto: katharina fischer / EyeEm / Adobe

Eine EU-Richtlinie sorgt dafür, dass künftig auch Mediatheken barrierefrei nutzbar sind.

Der zweite Medienänderungsstaatsvertrag (MÄStV) zur Stärkung der Barrierefreiheit in Medien ist am 30. Juni in Kraft getreten. Darin wird der Begriff „barrierefreies Angebot“ erstmals gesetzlich verankert.

Foto: Syda Productions / Adobe Stock

Öffentlich-rechtliche und private Fernsehangebote sowie Mediatheken und Streamingdienste müssen alle drei Jahre über den Stand der Barrierefreiheit in ihrem Angebot berichten. Zusätzlich sind Aktionspläne über das zukünftige Engagement in Sachen Barrierefreiheit vorzulegen.

Die Pflicht zur Barrierefreiheit gilt auch für sogenannte „Zugangsdienste“ wie die Google-Suche im Internet oder die Benutzeroberfläche eines Smart TVs. Diese müssen ihre Angebote barrierefrei gestalten, eine Selbsteinschätzung erstellen und sie auf Verlangen einer Landesmedienanstalt vorlegen.

Der Vertrag setzt damit Vorgaben aus der Richtlinie über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (European Accessibility Act EAA) der Europäischen Union um. Diese soll Menschen mit Beeinträchtigungen einen leichteren Zugang zu Medien ermöglichen. Auch der SoVD war an der Ausgestaltung des Medienstaatsvertrages beteiligt und hat eine Stellungnahme zum Diskussionsentwurf eingebracht.

Verbesserungen für Leistungbeziehende in Grundsicherung – Höhe noch offen

# Pläne zum Bürgergeld vorgestellt

Es ist eines der zentralen Projekte im Koalitionsvertrag: Die Grundsicherung „Hartz IV“ soll durch das neue „Bürgergeld“ abgelöst werden. Ende Juli hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erste Punkte des neuen Modells vorgestellt, das zum 1. Januar 2023 kommt.

Foto: Pavlo Vakhrushev / Adobe Stock

Das Bürgergeld soll im nächsten Jahr die Grundsicherungsleistung „Hartz IV“ ablösen. Viele Details dazu sind noch offen.

Was ändert sich außer dem Namen der Leistung? Manches steht schon fest, entscheidende Fragen sind aber offen. Nicht zuletzt fehlen Angaben zur Höhe des Bürgergelds. Heil spricht lediglich von

einer „angemessenen Erhöhung der Regelsätze“. Die wichtige Frage, ob die Änderungen auch bei Grundsicherung im Alter oder nur beim Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) greifen, ist nicht geklärt.

### **Regeln bei Schonvermögen und Unterkunft verbessert**

Bei anderen Fragen sind die Pläne schon weiter. So sollen Vermögen und Angemessenheit der Wohnung erst nach 24 Monaten Bürgergeld-

Foto: oneinchpunch/Adobe Stock

bezug überprüft werden. Nach den zwei Jahren ist ein höheres Schonvermögen vorgesehen als aktuell.

Weiterhin ist geplant, den Vermittlungsvorrang im SGB II ab-



zuschaffen. Die Pflicht, quasi jeden angebotenen Job annehmen zu müssen, wird damit gelockert. Stattdessen erfolgt eine Aufwertung der Aus- und Weiterbildung, für die ein monatlicher Ausgleich

von 150 Euro geplant ist. Zudem sind neue Regelungen für Sanktionen angedacht und zu viel ausgezahlte Beträge unterhalb einer Bagatellgrenze sollen nicht mehr zurückgezahlt werden müssen.

### **SoVD dringt auf spürbar höhere Regelsätze**

Der SoVD begrüßt die Vorschläge zum Schonvermögen und der Angemessenheit der Unterkunft ausdrücklich. Ein entscheidendes Krite-

Foto: oneinchpunch/Adobe Stock

rium für das Gelingen der Reform ist nach Einschätzung des Verbandes die noch offene Höhe der Regelsätze. Diese müssen deutlich steigen und ein menschenwürdiges soziokulturelles Existenzminimum garantieren. Genaue Angaben zur Höhe des Bürgergelds enthält der Gesetzesentwurf, der demnächst veröffentlicht wird.



Expert\*innen fordern rechtliche Änderungen

# E-Scooter: Wer sollte bei einem Unfall haften?

Verursacht eine Person mit einem E-Scooter einen Unfall, muss sie für Schäden in den meisten Fällen nicht haften. Im Rahmen des Verkehrsgerichtstages bezeichneten Expert\*innen diese Regelung des Haftungsrechtes jetzt allerdings als nicht mehr zeitgemäß.

Der Deutsche Verkehrsgerichtstag zählt zu den wichtigsten Treffen von Fachleuten für Verkehrsrecht und Verkehrssicherheit. Die dort abgegebenen Empfehlungen bilden häufig die Grundlage für Gesetze und Vorschriften. Auf einer Pressekonferenz forderte Kongresspräsident Ansgar Staudinger nun, die Regelungen hinsichtlich elektrischer Roller zu überdenken. Der Professor für Rechtswissenschaften erachtet die Unterscheidung zwischen Fahrzeugen, die schneller und langsamer als 20 Kilometer pro Stunde fahren, als nicht sinnvoll.

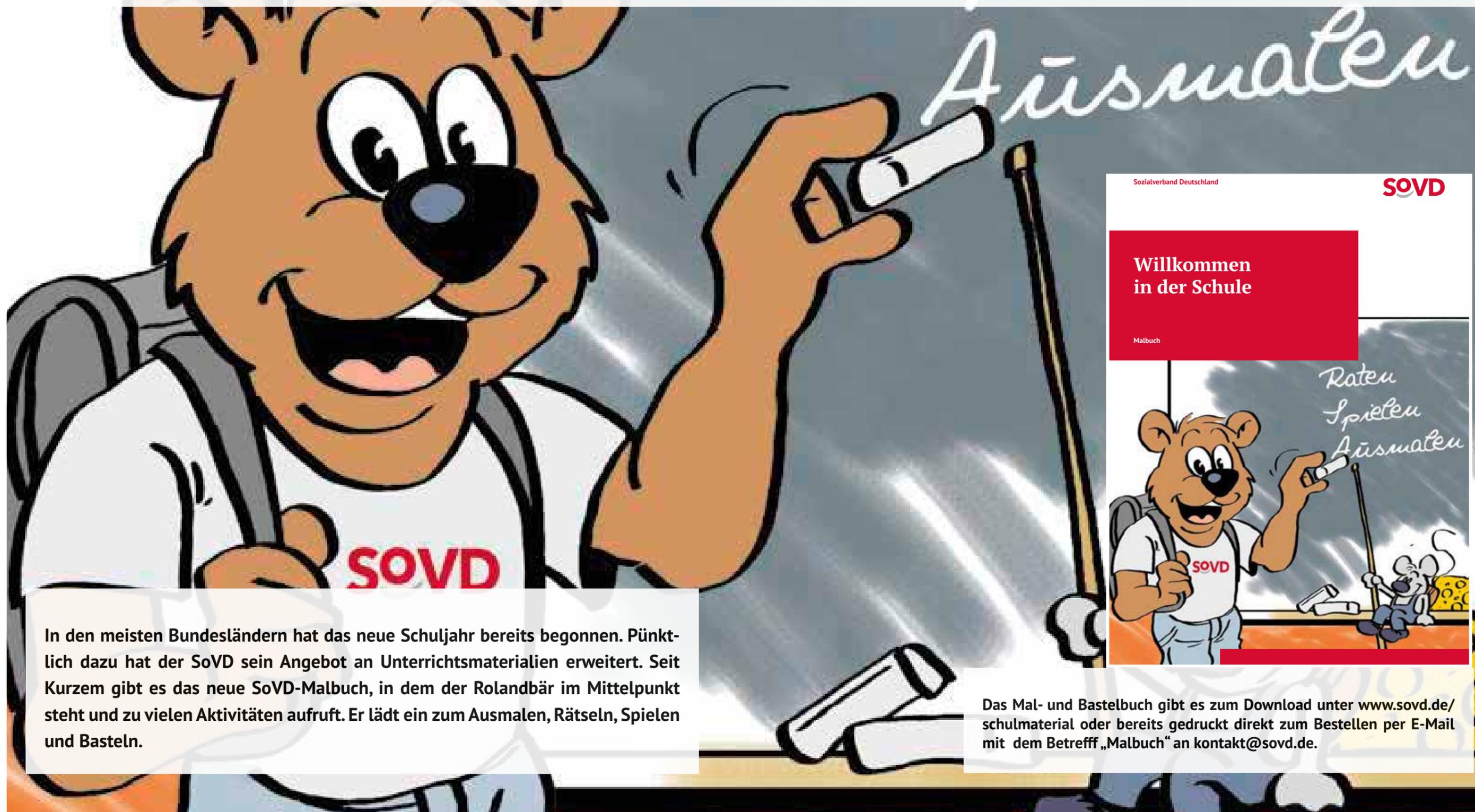
In gleicher Weise äußerte sich auch der Automobilclub von Deutschland (AvD). Die derzeitige Regelung benachteilige Geschädigte. Zudem forderte der AvD, Polizei und Ordnungsbehörden personell besser auszustatten, um Verkehrsverstöße etwa von E-Scooter-Fahrer\*innen besser ahnden zu können. Denkbar sei auch eine Versicherungspflicht für diese Roller.

Foto: hanohiki / Adobe Stock

**Achtlos auf Gehwegen abgestellte Fahrräder oder E-Scooter werden immer häufiger zu einer Stolperfalle.**

Viel Spaß für Kinder mit dem Rolandbär

## SoVD-Malbuch zum Schulbeginn



In den meisten Bundesländern hat das neue Schuljahr bereits begonnen. Pünktlich dazu hat der SoVD sein Angebot an Unterrichtsmaterialien erweitert. Seit Kurzem gibt es das neue SoVD-Malbuch, in dem der Rolandbär im Mittelpunkt steht und zu vielen Aktivitäten aufruft. Er lädt ein zum Ausmalen, Rätseln, Spielen und Basteln.

Das Mal- und Bastelbuch gibt es zum Download unter [www.sovd.de/schulmaterial](http://www.sovd.de/schulmaterial) oder bereits gedruckt direkt zum Bestellen per E-Mail mit dem Betreff „Malbuch“ an [kontakt@sovde.de](mailto:kontakt@sovde.de).

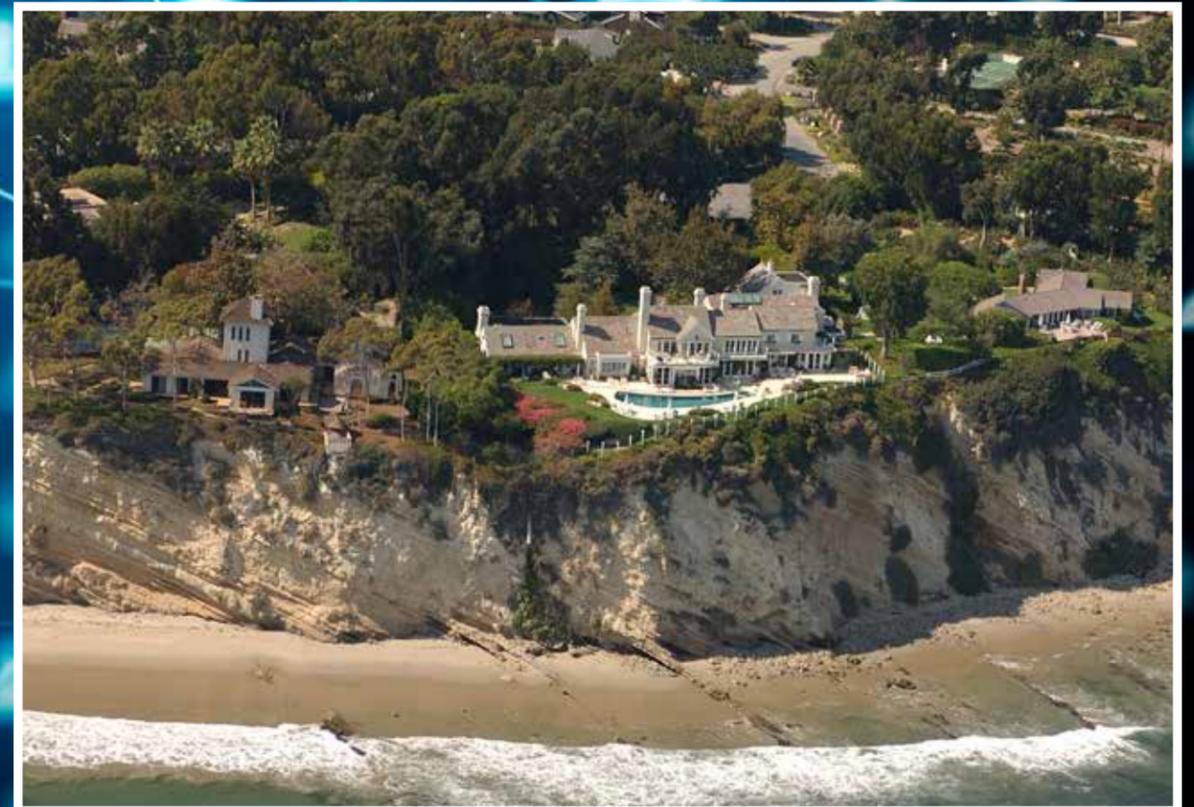
Hätten Sie's gewusst?

## Was ist der „Streisand-Effekt“?

Weil auf einer von rund 12.000 Luftaufnahmen ihre Villa zu sehen war, klagte Barbara Streisand 2003 erfolglos auf Schadensersatz. Das Bild, das zuvor niemand beachtet hatte, verbreitete sich durch die Berichte über das ungeschickte Vorgehen der Sängerin lawinenartig im Internet. Was sie verhindern wollte, trat somit erst recht ein. Hierfür etablierte sich recht schnell der Begriff „Streisand-Effekt“.

Wer versucht, eine Information zu unterdrücken, kann schnell ein Eigentor schießen. So etwa der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Als ihm 2016 ein spöttisches Lied über ihn im NDR-Satiremagazin „extra 3“ missfiel, ließ er den deutschen Botschafter einbestellen. Das sorgte für Aufsehen und eben auch für einen „Streisand-Effekt“. Denn jetzt wurde das Video – wahlweise auch mit türkischen Untertiteln – millionenfach über Youtube aufgerufen. Kurz darauf griff Moderator Jan Böhmermann den Vorgang auf und trug in seiner Sendung „Neo

Magazin Royale“ ein satirisches Gedicht („Schmähkritik“) über Erdogan vor. Nicht nur blieb dessen Strafanzeige gegen Böhmermann letztlich erfolglos; Berichte zitierten immer wieder Teile des Gedichtes. Losgelöst vom Gesamtkontext trug der CDU-Abgeordnete Detlef Seif das Spottgedicht zudem im Deutschen Bundestag vor.



Fotos: flashmovie / Adobe; K. & G. Adelman / California Coastal Records Project

**Aus der Luft sollte die Erosion der Küste untersucht werden. Erst nach einer Klage rückte die Streisand-Villa in den Mittelpunkt.**

Mit spitzer Feder

# Schon mal da gewesen



## Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es ausschließlich online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: [redaktion@sovde.de](mailto:redaktion@sovde.de), Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.